

NÖN.at**Quelle:** NÖN.at**Adresse:** <http://www.noen.at/niederoesterreich/politik/oevp-klubobleute-geben-jobgarantie-fuer-auva-mitarbeiter-ab-oevp-auva-klaus-schneeberger-91946574>**Datum:** 03.05.2018, 13:44Erstellt am 03. Mai 2018, 13:44
von **NÖN** Redaktion**ÖVP**

Klubobleute geben Jobgarantie für AUVA-Mitarbeiter ab

Niederösterreichs ÖVP-Klubchef Schneeberger war bei Beratungen mit seinen Kollegen aus den anderen Bundesländern in Wien.



Klaus Schneeberger |  Ramberger

Zur Beruhigung der Debatte um Fusionen in der Sozialversicherung schworen sich die Schwarzen darauf ein, keine Mitarbeiter zu kündigen.

Zwei Tage lang bis Donnerstagmittag stimmten die ÖVP-Klubobleute aus den Bundesländern mit dem schwarzen Fraktionsführer, August Wöginger, im Hohen Haus ihre Linie für brisante Reformthemen von der Mindestsicherung bis zur Zukunft der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA) und zu den Krankenkassen ab. Eines der

Ergebnisse dieses Treffens im Wiener Rathaus: Man verständigte sich auf die Zusicherung, dass Mitarbeiter vor allem bei der AUVA nicht betriebsbedingt als Folge der geplanten Änderungen gekündigt werden. Für Niederösterreich nahm, wie der NÖN bestätigt wurde, Klubobmann Klaus Schneeberger am Mittwochnachmittag an dem Treffen teil.

Mit einer Art Jobgarantie wollen die ÖVP-Fraktionobleute zu einer Beruhigung der Situation beitragen. Die Regierung hat zuletzt Pläne für eine Zusammenlegung von 21 auf fünf oder vier Sozialversicherungsanstalten bekräftigt.

Im Mittelpunkt stehen dabei die Vereinigung der neun Gebietskrankenkassen unter dem Dach einer Bundesgesundheitskasse und die Neuorganisation und mögliche Auflösung der AUVA, zu der sieben Unfallkrankenhäuser und mehrere Rehab-Zentren, darunter der Weiße Hof in Klosterneuburg, gehören.

Sorge bei schwarzen Arbeitnehmervetretern

Vor allem die Diskussion um eine etwaige „Zerschlagung“ der AUVA hat auch in den Reihen der ÖVP-Arbeitnehmer in mehreren Bundesländern – darunter auch in Niederösterreich – für Zündstoff gesorgt. Die schwarzen Christgewerkschafter (FCG) haben in der Arbeiterkammer Steiermark sogar einen einstimmigen Beschluss erreicht, dass die von der ÖVP-FPÖ-Bundesregierung im Regierungsprogramm verankerte Senkung der Beiträge der Betriebe zur Unfallversicherung von 1,3 auf 0,8 Prozent des Bruttolohns fallen gelassen werden solle.

Bei AUVA-Reform keine „betriebsbedingten“ Kündigungen

Die geplante Neuorganisation hat bereits Protestkundgebungen von SPÖ-Gewerkschaftern und Betriebsräten gegen eine Auflösung der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA) ausgelöst. Die Runde der ÖVP-Klubchefs in den Ländern stellte nun klar: im Falle einer Reform dürfe es keine „betriebsbedingten Kündigungen“ geben.

Allerdings genießt ein Teil der Bediensteten in der Sozialversicherung ohnehin eine Art Kündigungsschutz. Mitarbeiter in Spitälern und Rehab-Einrichtungen würden außerdem jedenfalls auch weiterhin gebraucht, wurde betont.

Neben der Arbeitsplatzfrage ist für die ÖVP vor allem wichtig, dass die Österreicher künftig nach einer Sozialversicherungsreform für gleiche Beiträge auch gleiche Leistungen in ganz Österreich im Gesundheitswesen erhalten. Derzeit ist das teils je nach Bundesland und Krankenkasse unterschiedlich. Weiters sollen Mehrfachversicherungen beseitigt werden.

Auf einheitliche Mindestsicherung in ganz Österreich eingeschworen

Ein zweites, für Niederösterreich besonders wichtiges Thema, ist die von der türkis-blauen Koalition auf Bundesebene für Juni vorgesehene Neuregelung der Mindestsicherung. Die in Niederösterreich ab Anfang 2017 geltende strengere Lösung, die unter anderem ein 1500-Euro-Limit pro Monat für Familien vorsah, ist, wie mehrfach berichtet, heuer im März vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben worden. Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) hat erst vor kurzem auf eine bundesweit einheitliche neue Lösung der Mindestsicherung gedrängt.

Ob es zu einer Einigung mit allen Bundesländern kommt, bleibt fraglich. Denn die ÖVP-dominierten Bundesländer, darunter Nieder- und Oberösterreich, machen Druck für eine weiterhin sparsame Neuregelung des Sozialgeldes mit Einschränkungen für jene, die wie Asylberechtigte erst kurz ins österreichische Sozialsystem eingezahlt haben.

Das rot-grün regierte Wien steht einer derartigen Variante äußerst skeptisch gegenüber. In der ÖVP wird jetzt aber abgewartet, ob es mit der Kür von Michael Ludwig (SPÖ) zum neuen Wiener Bürgermeister am 24. Mai doch zu einer strengeren Regelung auch in der Bundeshauptstadt kommt.

Notfalls gibt die Bundesregierung Eckpunkte vor

Erklärtes Ziel der ÖVP-Klubobleute in den Bundesländern ist eine bundeseinheitliche Regelung, wie der NÖN nach Sitzungsende versichert wurde. Darauf hat man sich auch bei dem Treffen im Wiener Rathaus, wo Kanzleramtsminister ÖVP-Landesparteiobmann Gernot Blümel Gastgeber war, eingeschworen. Gibt es keine Einigung mit den Länder, so will die ÖVP-FPÖ-Bundesregierung von sich aus mit einem Rahmengesetz ernst machen, in dem der Bund den Ländern, die die Mindestsicherung vollziehen müssen, Eckpunkte vorgeben werde.

Minister Blümel hatte schon am Mittwoch bei der Eröffnung der Tagung betont, die Volkspartei wolle „die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern stärken“. Weitere Beratungsthemen betrafen die Umsetzung der Deutschförderklassen für Schüler mit Sprachdefiziten sowie die inzwischen politisch schon vereinbarte Vereinheitlichung des Jugendschutzes.